

Antrag

der AfD-Fraktion

Bonus statt Strafe – Nicht noch mehr Bürokratie durch eine Ausbildungsplatzumlage

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Steuerliche Förderung für Ausbildungsbetriebe

Der Berliner Senat soll ein neues Förderprogramm einführen, das Ausbildungsbetriebe gezielt durch Zuschüsse unterstützt. Dieses Programm soll bestehende Maßnahmen ergänzen und darauf abzielen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten, die erstmals ausbilden oder die Zahl ihrer Ausbildungsplätze erhöhen möchten. Zudem sollen Betriebe, die Jugendliche aus besonderen Zielgruppen wie Schulabbrechern ausbilden, zusätzliche Zuschüsse erhalten. Ergänzend wird ein zentraler Ansprechpartner gefordert, der Betriebe bei der Integration dieser Zielgruppen berät und unterstützt.

2. Kein Zwang durch die Umsetzung einer Ausbildungsumlage

Der Berliner Senat wird aufgefordert, sich gegen eine Ausbildungsumlage auszusprechen und stattdessen freiwillige und innovative Anreize für Betriebe zu fördern. Bestehende Programme wie „Partnerschaft Schule-Betrieb“ sollen durch zusätzliche finanzielle Anreize für Unternehmen ergänzt werden, die freiwillig Ausbildungsplätze schaffen.

Darüber hinaus sollen neue Pilotprojekte initiiert werden, die innovative Ansätze zur Förderung freiwilliger Ausbildungsangebote testen. Dies könnte den Aufbau regionaler *Matching*-Initiativen umfassen, um Jugendliche und Betriebe gezielt zusammenzubringen, sowie die Schaffung lokaler Netzwerke, die Best Practices für freiwillige Ausbildungsinitiativen verbreiten.

3. Berliner Sonderprogramme für KMUs

Der Senat soll ein eigenes Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) entwickeln, das bestehende Landesprogramme ergänzt und speziell auf die Bedürfnisse von

Betrieben zugeschnitten ist, die erstmals ausbilden oder ihre Ausbildungsplätze erweitern wollen.

Zudem wird die Einrichtung eines Landesförderprogramms für Verbundausbildungen gefordert. Dieses Programm soll KMUs unterstützen, gemeinsam Ausbildungsplätze anzubieten, und die Gründung sowie Koordination von Ausbildungsverbänden durch gezielte Zuschüsse fördern. Pilotprojekte könnten den Mehrwert solcher Verbände erproben und weiterentwickeln.

Ziel ist es, auf die Ergänzung bestehender Strukturen und die Einführung neuer Pilotprojekte zu setzen, um potenzielle Lücken in der Ausbildungsförderung in Berlin zu schließen. Dadurch soll die Wirksamkeit und Reichweite bestehender Maßnahmen gesteigert sowie die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen erhöht werden, ohne auf Zwangsmaßnahmen wie die Ausbildungsumlage zurückzugreifen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni.2025 zu berichten.

Begründung

Die geplante Ausbildungsplatzumlage in Berlin wird von vielen Kritikern als ideologisch motivierte Umverteilungsmaßnahme gesehen, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) stark belastet und bei ihnen erhebliche Verunsicherung auslöst.¹ Nach dem Scheitern des solidarischen Grundeinkommens (SGE) wird erneut versucht, Betriebe pauschal zu belasten, ohne die strukturellen Ursachen des Ausbildungsdefizits zu adressieren. Ziel ist es, Unternehmen, die nicht ausbilden, finanziell zur Kasse zu bitten.² Diese Maßnahme wird von der Industrie- und Handelskammer (IHK) und anderen Verbänden als „bürokratisches Monstrum“ bezeichnet, das vor allem jene Betriebe benachteiligt, die weder über die personellen noch die finanziellen Kapazitäten verfügen, um auszubilden. In der Praxis führt die Umlage zu zusätzlicher Bürokratie, ohne die eigentlichen Probleme der Fachkräftesicherung zu lösen. Experten befürchten, dass sie Fehlanreize schaffen könnte, den Marktmechanismus gefährdet und möglicherweise sogar die Jugendarbeitslosigkeit erhöht.³ Die zentralen Probleme des Ausbildungsmarktes – wie der Bewerbermangel und die Rekrutierungshürden kleiner Betriebe – bleiben unbeantwortet.⁴

Die Erfahrungen aus Bremen verdeutlichen zudem erhebliche Mängel eines Umlagemodells, darunter unklare Regelungen zur Beitragspflicht, die Benachteiligung bestimmter Unternehmensformen und der fehlende Grundsatz der gleichen Belastung, da Körperschaften öffentlichen Rechts von der Umlage ausgenommen sind.^{5, 6} Solche strukturellen Schwächen könnten auch in Berlin rechtliche Herausforderungen nach sich ziehen und zu breiter Ablehnung in der Wirtschaft führen. Vor einer Umsetzung wären eine umfassende Evaluierung und ein transparenter Dialog mit den betroffenen Akteuren zwingend notwendig.

Dass in Berlin nachweislich 48 Prozent der Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, zeigt, dass das Problem nicht im Mangel an Lehrstellen, sondern im Vermittlungs- und Matchingproblem zwischen Betrieben und potenziellen Auszubildenden liegt. Laut aktuellen Erhebungen nimmt die Zahl der ausbildungsberechtigten Unternehmen ab⁷. Von diesen bildet nur knapp die Hälfte

¹ IHK Berlin; Statement zur geplanten Ausbildungsplatzumlage; [Nr. 5727626](#).

² [Senatorin Kiziltepe: Firmen, die nicht ausbilden, sollen Strafe zahlen](#); Berliner Zeitung, 21.01.2025.

³ Ausbildungsumlage. Regulierung am Problem vorbei, IW-Kurzbericht, Nr. 69, Köln.

⁴ Umfrage der Berliner Handelskammer: Warum die Hälfte der Ausbildungsplätze unbesetzt bleibt; Tagesspiegel, 18.07.2024.

⁵ [Richter tritt nach Urteil zu Bremer Ausbildungsfonds zurück](#); buten und binnen, 2. Januar 2025.

⁶ Vgl.: Ebd.

⁷ [Berliner Arbeitsmarkt: Umfrage: Zu wenige Betriebe in Berlin bilden aus](#); Tagesspiegel, 09.12.2024.

tatsächlich aus, und insgesamt sind es weniger als 20 Prozent aller Betriebe in Berlin, die ausbilden – eindeutig zu wenig, um den Fachkräftebedarf der Hauptstadt zu decken. Dieses Problem liegt jedoch weniger am fehlenden Willen der Unternehmen, sondern vor allem an der Struktur Berlins: Über 200.000 KMUs stellen mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze in Berlin, sind aber häufig nicht in der Lage, die hohen Anforderungen an Ausbildung und Betreuung zu erfüllen.

Experten fordern daher Anreize und gezielte Fördermaßnahmen, um die betriebliche Ausbildung zu stärken. Steuerliche Vorteile, ein spürbarer Bürokratieabbau oder spezifische Unterstützung bei der Betreuung von Auszubildenden wären nachhaltigere Ansätze als eine Umlage. Ein gezieltes Beispiel hierfür ist der Handwerkssektor, der in Bezirken wie Neukölln, Wedding oder Marzahn-Hellersdorf dringend Fachkräfte im Bereich Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik benötigt. Auch die Gastronomie in Friedrichshain-Kreuzberg oder der Einzelhandel rund um die Gropius Passagen und den Alexanderplatz profitieren wenig von einer Umlage, die lediglich Geld in einen staatlichen Topf leitet, anstatt Betriebe direkt zu entlasten. Hier könnten Zuschüsse oder ein steuerlicher Bonus für Ausbildungsbetriebe den Unterschied machen, etwa durch die Möglichkeit, Ausbildungsvergütungen bei der Gewerbesteuer abzuziehen.

Um die Ausbildung besonders in kleinen Unternehmen zu fördern, sollten Programme wie der „Berliner Ausbildungs-Bonus“ gestärkt werden. Denkbar wäre ein einmaliger Zuschuss von bis zu 5.000 Euro für Unternehmen, die erstmals ausbilden, oder eine Prämie in Höhe von 2.000 Euro für Betriebe, die ihre Auszubildenden nach Abschluss übernehmen und für mindestens zwei Jahre fest anstellen. Solche Anreize könnten besonders im Handwerk dringend benötigte Impulse setzen. Darüber hinaus sollten Verbundausbildungen, bei denen mehrere kleine Betriebe gemeinsam ausbilden und sich Kosten, Know-how und Verantwortung teilen, verstärkt gefördert werden. Unternehmen, die sich sozial engagieren und beispielsweise Jugendlichen ohne Schulabschluss eine Chance bieten, sollen zusätzliche Zuschüsse erhalten.

Diese Maßnahmen senden ein positives Signal an Berliner Unternehmen, statt sie durch eine Umlage zu „bestrafen“. Während die Umlage darauf abzielt, die Ausbildungsbereitschaft zu steigern, trifft sie in der Praxis vor allem Betriebe mit knappen Ressourcen, für die Ausbildung strukturell schwer umzusetzen ist. Langfristig könnte sie mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen und das Ziel, die Fachkräftebasis Berlins zu sichern, gefährden. Stattdessen könnte Berlin durch kluge Fördermaßnahmen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die berufliche Ausbildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist nicht gerechtfertigt, die finanzielle Last allein den Unternehmen aufzubürden. Ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Beteiligten – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – einbindet, wäre zielführender. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ließe sich die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe steigern, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen. Berlin hätte so die Chance, durch innovative Lösungen eine nachhaltige und zukunftsorientierte Ausbildungslandschaft zu gestalten.

Berlin, den 11. Februar 2025

Dr. Brinker Gläser Auricht
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion